|  |  |
| --- | --- |
| SoVD NRW e.V. · Erkrather Str. 343 · 40231 Düsseldorf |  |
| An die Medien |  |
|  |  |

Pressemitteilung

23. Juni 2022

|  |
| --- |
| *CDU und Grüne stellen Koalitionsvertrag vor***„Ein Koalitionsvertrag mit Licht und Schatten**Der Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90 /Die Grünen für die nächste Regierung in NRW zeigt wie so oft in der Politik Licht und Schatten. „Wir freuen uns darüber, dass mehrere unserer Forderungen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben“, erklärt Franz Schrewe, Landesvorsitzender des Sozialverbands SoVD NRW. So begrüße der Verband ausdrücklich die Verpflichtung der zukünftigen Landesregierung zur konsequenten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die geplante regelmäßige Aktualisierung und Fortschreibung des Aktionsplans zu deren Umsetzung: „Dies ist auch bitter nötig, da der von CDU/FDP aufgelegte Aktionsplan in vielen Teilen das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben ist", so Schrewe weiter. Hier müsse die neue Koalition "sofort nacharbeiten, wenn Sie Ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden will“.  Auch die geplante Mittelerhöhung zur barrierefreien und klimaneutralen Modernisierung im Wohnungsbau begrüßt der NRW-Landesverband des traditionsreichen SoVD. Das hier angekündigte Gutachten, das den Bedarf an rollstuhlgerechtem Wohnraum – gerade mit Blick auf die Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft – in NRW ermitteln soll, bringt hoffentlich eine neue Dynamik in dieses wichtige Thema. „Auch der angekündigte Ausbau der Barrierefreiheit im Nahverkehr, die finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern (die dringend in mehr Personal und die Ausstattung investieren müssen) und die barrierefreie Umgestaltung im Gesundheitswesen sind richtige und wichtige Punkte im Koalitionsvertrag." Ganz besonders wichtig sei dem SoVD NRW aber auch das im Koalitionsvertrag dargelegte Bekenntnis zum inklusiven Arbeitsmarkt, zur gesetzlichen Pflicht von allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, behinderte Menschen zu beschäftigen und die adressierte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.Äußerst kritisch sieht der Verband allerdings, dass es ausgerechnet bei der schulischen Inklusion bzw. Nicht-Inklusion offenbar ein "Weiter so" geben soll: "Auch wenn der Koalitionsvertrag dies behauptet: Es gibt keine inklusive Bildung an Förderschulen, das ist ein Widerspruch in sich, ein Etikettenschwindel, der leider kein ernsthaftes Bemühen erwarten lässt, dass die nächste Landesregierung überhaupt nennenswerte Fortschritte beim Aufbau der inklusiven Bildung an den NRW-Schulen erzielen will.“ Unter diesen Voraussetzungen drohe in NRW eine Verlängerung der Hängepartie mit einem schlecht entwickelten und lückenhaften Angebot inklusiver Bildung und einem wieder steigenden Druck, Kinder und Jugendliche mit Behinderung in die Förderschulen zu verdrängen.   |
|  |